



1.) BK 2. Kf. 134
2.) z.d. A. eigene
19. 11. 78

Dr. Jürgen Lieberke

Nr. 130/S. 1213 Bonn, den 10. November 1978

Bulletin

Mahnung und Verpflichtung des 9. November 1938

Gedenken an die Judenverfolgung in Deutschland

Erklärung des Bundespräsidenten

Bundespräsident Walter Scheel gab am 8. November 1978 über Rundfunk und Fernsehen folgende Erklärung zum 9. November 1938 ab:

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938, heute vor 40 Jahren, brannten in Deutschland die Synagogen. Wohnungen und Geschäfte jüdischer Bürger wurden demoliert und geplündert, jüdische Friedhöfe verwüstet, 91 Mitbürger wurden ermordet, über 30 000 jüdische Männer verhaftet und in die Konzentrationslager Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald verschleppt.

All dies ereignete sich in unseren Städten. Millionen von Deutschen haben es gesehen, und sie haben nichts dagegen getan oder nichts tun können.

Das Pogrom des 9. November geschah mitten im Frieden.

Die Einsichtigen in Deutschland, in Europa und in der Welt sahen: Nach fünf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft waren Rechtsbruch und Verbrechen zu Mitteln der Politik geworden. Sie wußten: Ein Regime, das Menschen ihrer Rasse wegen verfolgte, würde vor einem Krieg nicht zurückschrecken. Europa würde brennen, wie die Synagogen gebrannt hatten.

Ein Jahr später brannte die Welt. Diejenigen, die die Würde ihrer jüdischen Mitbürger mit Füßen traten, respektierten keines Menschen Würde. Das deutsche Volk aber wurde zum Instrument nationalsozialistischer Gewalt erniedrigt.

Nur wenige Deutsche hatten nach dem 9. November 1938 den Mut, den Konsequenzen des Pogroms ins Auge zu blicken. Wir Heutigen aber überblicken die Zusammenhänge. Wir dürfen der Wahrheit nicht ausweichen, auch dann nicht, wenn sie schmerzlich und beschämend ist.

Das Unrecht, das wir anderen taten, schlug furchtbar auf uns selbst zurück. Die Untat von 1938 endete in der Niederlage von 1945.

Unser Staat ist dem Recht und dem Frieden verpflichtet. Darum dürfen wir, um unserer Zukunft willen, den November 1938 nicht vergessen. Das schulden wir dem jüdischen Volk; das schulden wir der Welt; das schulden wir uns selbst.

Ansprache des Bundeskanzlers in der Kölner Synagoge

Bundeskanzler Helmut Schmidt hielt in der Gedenkfeier zum 9. November 1938 in der Großen Synagoge Köln am 9. November 1978 die folgende Ansprache:

Beim Propheten Jesaja heißt es: „Wie geht das zu, daß die fromme Stadt zur Dirne geworden ist? Sie war voll Rechts, Gerechtigkeit wohnte in ihr, jetzt aber – Mörder.“

Herr Bundespräsident, verehrte Kölner Bürgerinnen und Bürger, verehrte Juden und Christen und Freidenker in Deutschland!

Die deutsche Nacht, zu deren Gedenken wir uns heute nach vierzig Jahren versammelt haben, bleibt Ursache für Bitterkeit und Scham. Wo Gotteshäuser brannten, wo auf einen Wink der Machthaber zerstört und geraubt, gedemütigt, verschleppt, eingekerkert wurde,

Inhalt

Mahnung und Verpflichtung des 9. November 1938

Erklärung des Bundespräsidenten 1213

Ansprache des Bundeskanzlers in der Kölner Synagoge 1213

Gedenken des Deutschen Bundestages 1217

Bundeskanzler Helmut Schmidt

Dank an Jean Monnet 1219

da gab es keinen Frieden mehr, keine Gerechtigkeit, keine Menschlichkeit mehr. Der 9. November 1938 war eine Station auf dem Wege in die Hölle.

I.

In dieser Gedenkstunde muß zunächst von Ereignissen und Tatsachen gesprochen werden, von Verhängnissen und Verbrechen, für deren Bewertung heute genauso wenig ein hilfreiches Vokabular zur Verfügung steht wie damals.

Die Synagoge war 1938 wie zu allen Zeiten Gotteshaus, Raum des Gebetes der Gemeinde. Die Synagoge war aber für die seit dem Frühjahr 1933, seit den „Nürnberger Rassegesetzen“ von 1935 in immer ärgerere Bedrängnis gebrachte jüdische Minderheit zugleich ein Symbol des jüdischen Lebens in Deutschland – auch für jene, die am religiösen Leben nicht teilnahmen. Als die Synagogen zerstört wurden, begann dieses Leben zu erlöschen.

Drei Jahre später folgte der Entschluß der Machthaber zu der von ihnen so genannten „Endlösung der Judenfrage“, der Entschluß zum Massenmord, den sie sodann mit kalter Energie und zweckgerichteter Brutalität im Bereiche ihrer Herrschaft in die Tat umgesetzt haben.

Wer um Frieden bittet und darüber hinaus um Versöhnung, der muß wahrhaftig sein, der muß zur Wahrheit sich fähig machen. Die Wahrheit ist: heute vor 40 Jahren wurden 30 000 jüdische Mitbürger verhaftet, die allermeisten von ihnen in Konzentrationslager verschleppt, 91 jüdische Menschen wurden ermordet, sehr viele wurden gequält. Die Wahrheit ist: 267 Synagogen wurden verbrannt oder zerstört; viele Tausende Geschäfte und Wohnungen wurden verwüstet.

Ich mag für die Verbrechen jener Nacht jenes Wort nicht benutzen, das in diesen Tagen vielfältig, aber zum Teil eben auch gedankenlos bagatellisierend, für diese Ereignisse in Gebrauch ist.

Die Wahrheit ist auch, daß sehr viele Deutsche die Verbrechen und Vergehen mißbilligt haben; ebenso: daß sehr viele andere davon damals nichts oder fast nichts erfuhren.

Die Wahrheit ist, daß gleichwohl sich dies alles vor den Augen einer großen Zahl deutscher Mitbürger ereignet hat, daß eine weitere Anzahl von den Geschehnissen unmittelbar Kenntnis erhielt.

Die Wahrheit ist, daß die meisten Menschen furchtsam schwiegen; daß auch die Kirchen furchtsam schwiegen – obgleich doch Synagoge und Kirche dem gleichen Gott dienen und im Geist desselben Testaments verwurzelt sind.

II.

Der deutsch-jüdische Philosoph Martin Buber hat vor fünfundsiebzig Jahren in der Paulskirche gefragt: „Was bin ich, daß ich mich vermessen könnte, hier zu vergeben?“ Aber er hat später in derselben Rede auch gesagt: „Mein der Schwäche des Menschen kundiges Herz weigert sich, meinen Nächsten deswegen zu verdammen, weil er es nicht über sich vermocht hat, Märtyrer zu werden.“

Märtyrer freilich hat es später gegeben – in den Kirchen, in der Arbeiterbewegung, im Bürgertum und im Adel.

Einer von ihnen, General Henning von Tresckow, hat unmittelbar nach der Nachricht vom Scheitern des Aufstandes vom 20. Juli 1944 gesagt: „Wenn Gott einst Abraham verheißt hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, daß Gott auch Deutschland um unseretwillen nicht vernichten wird.“

Ungezählte Deutsche haben ihres Widerstandes wegen den Tod gefunden. Wie hatte aber dies ungeheure kollektive Verbrechen geschehen können? Was war vorangegangen, daß ein so unerhörtes gemeinsames Verbrechen durch viele Täter sich reibungslos vollziehen konnte? Wie hatte es im Deutschen Reich zu jenem, dem Verbrechen vorangehenden, Prozeß der Auflösung der deutsch-jüdischen Verbindung kommen können?

III.

Wir wissen, daß das Verhältnis zwischen jüdischer Minderheit und nicht-jüdischer Mehrheit in Deutschland nie frei von Spannungen gewesen war. Wieso aber die in diesem Verhältnis enthaltenen Spannungen so entarten konnten, daß schließlich die Katastrophe ermöglicht wurde, das ist eine Frage zugleich der jüdischen und der deutschen Geschichte. Ihre Erforschung rührt an Grundprobleme der jüdischen wie der deutschen Situation – darüber hinaus vielleicht sogar an Grundprobleme der menschlichen Seele.

Seit der Aufklärung des 18. Jahrhunderts und der ihr folgenden jüdischen Emanzipation gab es zunächst wohl nur wenige Völker in Europa, in denen die Juden sich heimischer fühlten als bei uns. Es gab kaum ein Volk, in der der jüdische Anteil in Gesellschaft und Staat, in Kunst, Literatur, Philosophie und Wissenschaft stärker gewesen wäre als bei uns. Ich erwähne beispielhaft einige wenige Namen: Moses Mendelssohn, das Urbild von Lessings Nathan, Heinrich Heine, Arthur Schnitzler, Franz Kafka, Franz Werfel, Stefan Zweig, Karl Kraus; Lassalle, Marx, Oppenheimer, Scheler, Gundolf, Buber, Mannheim; Franz Marc, Max Liebermann, Arnold Schönberg; und schließlich Albert Einstein.

Sie wie die meisten der 700 000 Juden in Deutschland fühlten sich – trotz des schon vor hundert Jahren sichtbaren Menetekels antisemitischer Hofprediger – nicht als Angehörige einer eigenständigen nationalen Minderheit, sondern als Deutsche. Und sie wurden zumeist als Deutsche betrachtet. Sie haben, untrennbar, an unserer geistigen Geschichte mitgewoben.

Wir schulden ihnen ebenso Dank wie allen unseren geistigen Vorvätern. Wir sollten wissen, daß mit der Vertreibung der Juden und mit dem Mord an ungezählten jüdischen Mitbürgern unser Volk geistiger Schöpfungskräfte beraubt worden ist, die bis heute nicht ersetzt sind und die unersetzlich bleiben.

IV.

Wenn es aber doch nie wieder vorkommen darf, daß deutsche Bereitschaft zur Pflichterfüllung, zum Gehorsam, zum Einsatz für Ideale zu Kadavergehorsam pervertiert und irregeleitet wird in gemeinsames verbrecherisches Handeln, dann genügt es noch nicht, ein Widerstandsrecht ins Grundgesetz geschrieben zu haben. Sondern dann müssen wir die jungen Menschen unseres Volkes durch Vermittlung historischer Kenntnisse und durch unser eigenes Beispiel dahin

erziehen, daß sie nach dem moralischen und menschlichen Wert und dem Sinn ihrer Handlungen fragen – auch dann, wenn diese ihnen als aufgegeben erscheinen mögen in einem Treueverhältnis oder in einer Gehorsamspflicht zu einer „Idee“ oder zu einem Gesetz.

Wenn wir es besser machen wollen, als die damaligen Generationen, dann müssen wir wissen, was jene falsch gemacht und warum sie gefehlt haben.

Die damaligen Generationen konnten 1933, 1935 oder 1938 die Katastrophe einer anti-humanen Diktatur nicht mehr verhindern, weil ihnen die Demokratie, die 1918 ausgerufen war, schon aus den Händen gegliitten ist, noch bevor sie die Demokratie bewußt angenommen und entfaltet hatten.

Das am 9. November 1918 unversehens empfangene politische Erbe war ohne eine gemeinsam annehmbare geistige Hinterlassenschaft gewesen. Das kulturelle Erbe dagegen entstammte vielfach einer demokratie-feindlichen Kultiviertheit, die Thomas Mann treffend als „machtgeschützte Innerlichkeit“ bezeichnet hat.

Die Untertanen-Mentalität war keineswegs überwunden, der der große Teil des Bürgertums – nach der Selbstaufgabe von dessen politischem Freiheitswillen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts – sich hingegeben hatte.

Der klaffende Gegensatz zwischen wirtschaftlich-technischer Modernität und politisch-gesellschaftlicher Reaktion des kaiserlichen Deutschland wurde keineswegs überwunden, als der Obrigkeitsstaat 1918 plötzlich zusammenbrach. Demokratisch unerbogen und politisch unvorbereitet sahen sich Bürgertum und Landvolk mit den Möglichkeiten und den Gefährdungen der parlamentarischen Demokratie und mit einer offenen Gesellschaft konfrontiert.

Viele begriffen die Demokratie nur als Technik und nicht als sittliche Einstellung, bei welcher die Würde des Menschen oberster Grundsatz ist.

Die Demokratie konnte aber weder mit ihren inneren Feinden noch konnte sie mit ihren – durch Versailles und danach durch die erste Weltwirtschaftskrise noch verschärften – enormen ökonomischen und sozialen Problemen fertig werden.

Viele Deutsche jener Epoche, die sich zum Teil der Schutzwälle zugunsten ihrer alt-gewohnten Privilegien beraubt sahen, die sich zum anderen Teile ihrer schimmernden Idole beraubt sahen, die zum dritten Teile über Kriegsausgang, Sinnlosigkeit der Opfer und Verkleinerung des Reiches tief enttäuscht waren, sie alle verachteten und haßten die Demokratie und die Demokraten, weil sie nach Schuldigen suchten, auf die sie ihre Wut richten konnten.

Das galt auch für viele Beamte und Soldaten und Richter. Feinde der demokratischen Verfassung blieben oder wurden Staatsanwälte, Richter und beamtete Staatsrechtslehrer. Vom Kaiserreich über Weimar bis zur Rechtfertigung der Morde in der Röhm-Affäre, von der Rechtfertigung der Durchbrechung der Verfassung und der Akzeptanz der vom Führer eigenmächtig gegebenen rechtswidrigen Befehle vollzog sich bis zum Volksgerichtshof ein kataraktartiger, aber folgerichtiger Verfall der politischen Justiz.

Das Wort Jesajas erfüllte sich: Aus der Stätte des Rechtes und der Gerechtigkeit wurde eine Behausung der Mörder.

Die Flucht in den Haß fand ihre Ziele: Demokraten, Gewerkschafter, Künstler, Dichter, Gelehrte, Bekenner insgesamt – sie alle trieb man ins Exil oder ins Konzentrationslager.

In den Juden aber traf man die Aufklärung und die freiheitliche Emanzipation im Kern! Das jüdische Schicksal in Deutschland war ja wesentlich geistige, gesellschaftliche, politische Emanzipation gewesen – menschliche und menschheitliche Emanzipation. Wer alles Streben nach Emanzipation für verdammenswert hielt, der war allerdings verführbar, das Judentum als Sündenbock für all seine eigenen Ängste und Frustrationen zu akzeptieren und diese am Judentum auszulassen.

Es waren Hitler und seine Gesellen, die Deutschland und seine Juden und unsere Nachbarvölker mit unerhörter krimineller Energie in die Katastrophe führten – aber der Boden war schon vorher bereitet gewesen. Die Erziehung zur Demokratie, die Erziehung zum eigenen Urteil, die Erziehung zur Humanitas, die Erziehung zu Würde und Freiheit der Person hatte generationenlang vorher nicht ausgereicht.

Allein die Arbeiterbewegung, das Zentrum und nur schmale Schichten des Bürgertums hatten sich dieser Erziehung angenommen. Zwischen 1919 und 1930 wurde offenbar, daß diese Kräfte nicht zahlreich genug, nicht stark genug waren, um die zentrale Aufgabe der Erziehung zur Liberalität und zur Humanitas nach Tiefe und Umfang ausreichend zu lösen.

V.

Warum blicken wir auf dies alles heute zurück?

Nicht, um uns zu distanzieren von unserer eigenen Geschichte. Nicht, um mit dem Finger auf andere zu zeigen, die Schuld auf sich geladen haben. Sondern wir blicken zurück, weil unsere Generation und die nachfolgenden Generationen lernen wollen, wie Juden und Nicht-Juden in Deutschland friedlich miteinander leben können.

Wir blicken zurück, um zu lernen. Wir blicken zurück und versuchen zu begreifen und zu bewerten, damit die Konsequenzen gezogen werden können. Damit diejenigen einen unbefangenen Umgang miteinander finden können, die damals Kinder waren, oder die erst später geboren wurden – das sind in Deutschland mehr als zwei Drittel aller Bürger.

Wir gedenken um zu lernen, wie Menschen miteinander umgehen sollen und wie sie miteinander nicht umgehen dürfen.

Es kann nicht darum gehen, unser Volk in den Schuldurm der Geschichte zu werfen. Ich wiederhole, was ich in Auschwitz sagte: Die heute lebenden Deutschen sind als Personen zu allermeist unschuldig. Aber wir haben die politische Erbschaft der Schuldigen zu tragen und aus ihr die Konsequenzen zu ziehen. Hier liegt unsere Verantwortung.

Es wäre sehr unredlich und außerdem gefährlich, die junge Generation mit Schuld belasten zu wollen. Aber sie trägt unsere Geschichte mit, sie ist – wie wir selbst – Teil unserer Geschichte. Die Teilhabe nimmt uns und sie in die Verantwortung für morgen und übermorgen. Ich füge aber mit großem Nachdruck hinzu: auch junge Deutsche könnten noch mitschuldig

werden, wenn sie ihre aus dem damaligen Geschehen erwachsene heutige und morgige Verantwortung nicht erkennen.

Die jungen Deutschen sollen wissen: mit der Suche nach Sündenböcken hat es angefangen. Mit Gewalt gegen Schriften und Bücher und mit Gewalt gegen Sachen hat es sich fortgesetzt. Die Gewalt gegen Menschen war dann nur noch die vorbereitete Konsequenz.

Mit der Verachtung der Würde eines Mitmenschen, mit dem Niederbrüllen von anderer Bürger Meinung hat es begonnen. Mit der pauschalen Verurteilung des ganzen demokratischen Systems setzte es sich fort. Der Mord war schließlich nur noch die vorbereitete Konsequenz.

Die Parallelität allen Terrorismus muß offengelegt werden, wenn wir lernen wollen! Die unentrinnbar sich entfaltende Konsequenz aus anti-humanen Verhaltensweisen muß verstanden werden, wenn wir lernen wollen!

Die Verdammungswürdigkeit aller Pauschal-Verurteilungen muß erlebt werden, wenn wir lernen wollen – seien sie gerichtet gegen „die Juden“, „die Deutschen“, „die Kommunisten“, „die Kapitalisten“, gegen „das System“ oder gegen „das Establishment“.

Die Fähigkeit zum unabhängigen, individuellen, eigenständigen kritischen Urteil muß ausgebildet werden.

Und es muß gelernt werden, daß es in unserer zerstrittenen Welt und in jeder Gesellschaft darauf ankommt, die Freiheit als einen Handlungsspielraum zu begreifen, in dem es für die Freiheit des Einzelnen und der Gruppen durchaus rechtliche und moralische Grenzen gibt.

Demokraten zu erziehen heißt, jungen Menschen das Augenmaß für Freiheit und Bindung zu geben. Sie zur Erkenntnis von und zum Respekt vor der Würde und der Unverletzlichkeit der Person jedes anderen zu befähigen. Sie zu lehren, die Humanitas, die res publica, das Recht und den Frieden als die Grenzen der Verfolgung eigener Interessen und eigener Konflikte zu begreifen.

Erziehung zur Demokratie heißt Erziehung zur Verantwortung für die Folgen des eigenen Handelns.

Zur Verantwortung der Folgen eigenen Handelns oder Nicht-Handelns gehört auch dieses: wo immer wir Angst begegnen, da müssen wir sie ernst nehmen. Sie kann eingebildet oder eingeredet sein. Wir müssen sie verstehen, und sie entkräften; oder wir müssen Abhilfe schaffen. Denn aus Angst – das haben wir aus der Zeit von 1918 bis 1930 zu lernen! – kann Wahn und Hysterie, kann Aggressivität entstehen. Der Wahn, die Schuld für eigene Beschwer läge bei einem anderen. Die Hysterie, diesen anderen zum Sündenbock zu machen. Die Flucht sodann in Haß und Aggression, dies alles sind Gefährdungen nicht bloß einer einzigen Generation, nicht nur in einem einzigen Volke. Wir müssen diesen Gefahren entgegentreten – durch Erziehung und durch eigenes Beispiel.

Wir heutigen Deutschen, die wir mit unseren Nachbarn Verständigung, Ausgleich und Frieden suchen, die wir im Geiste einer freiheitlichen Verfassung sozialen Ausgleich und Frieden im Innern bewahren wollen, wir müssen uns an diesen Ansprüchen messen lassen.

Wir sehen manche Sorge und manches Erschrecken bei vielen Mitbürgern – Juden ebenso wie Nicht-Juden –, wenn Zeichen einer vermeintlichen Wiederkehr nationalsozialistischen Gedankenguts auftauchen oder wenn mordwütiger Terrorismus an die Morde erinnert, deren Opfer zu Beginn der ersten deutschen Republik Rathenau, Erzberger, Luxemburg und Liebknecht gewesen sind.

Wir teilen die Empörung.

Zugleich haben wir uns aber zur rechtsstaatlichen Mäßigung und zur Verhältnismäßigkeit der Mittel in der Abwehr solcher Gefahren diszipliniert. Bei dieser Selbstdisziplin werden wir bleiben. Denn wir wollen das Übel des Anarchismus nicht mit dem Übel eines antiliberalen Über-Staates austreiben und vertauschen.

Wir bitten aber auch die Juden in der Welt und alle unsere Nachbarn mit ernstem Nachdruck, unsere zweite deutsche Demokratie nicht an jenen wenigen verirrt Extremisten und Terroristen zu messen, die auch in anderen Staaten kaum irgendwo belehrt oder verhindert werden können.

An dieser Stelle will ich dem Zentralrat der deutschen Juden dafür danken, daß er in dieser Frage immer wieder öffentlich unsere Zuversicht geteilt hat: der Rechtsextremismus findet bei uns sicherlich keine Heimstätte mehr – wie auch der Linksextremismus nicht.

VI.

Wir werden des Rates unserer jüdischen Mitbürger bald in einer anderen Frage bedürfen, die jeden von uns in persönliche Verantwortung rufen wird.

Der vom geltenden Gesetz vorgesehene Eintritt der Verjährung einer Mordtat nach dreißig Jahren wirft im Hinblick auf 1979 eine schwerwiegende Frage auf. Sie verlangt nach einer Entscheidung, bei der wichtige moralische Prinzipien miteinander in Widerspruch geraten müssen.

Wir Politiker und Gesetzgeber werden zuhören, was unsere jüdischen Mitbürger, was unsere Freunde in Israel, und was unsere Nachbarn dazu sagen werden. Wir werden – jeder für sich – darum bitten, daß unser Gewissen uns in dieser Frage recht handeln läßt.

Wir hoffen dabei auf Rat und Beteiligung vieler. Auch auf den Rat unserer Kirchen. Denn wir erinnern uns dankbar an die Stuttgarter Erklärung der Evangelischen Kirche in Deutschland von 1945, ebenso an das ergreifende Wort Papst Johannes XXIII. während des Zweiten Vatikanischen Konzils – Worte, in denen beide Kirchen die Juden um die Hand zur Versöhnung baten. Auch die Erklärungen, die beide Kirchen zum heutigen Tage veröffentlicht haben, bauen auf diese Versöhnung, sie sprechen aus dem Geiste der Verständigung.

Alle sollten sich daran erinnern, daß wir alle auf demselben tragenden Boden stehen, daß wir weithin dasselbe Buch für uns gelten lassen: die jüdische Bibel – das Alte Testament der Christen.

VII.

Der Ägypter Anwar El Sadat hat mir während langer Gespräche in eindrucksvoller Art seine Sicht der gemeinsamen geistigen und geschichtlichen Wurzeln

des Judentums, des Christentums und des Islams erklärt. Er hat auf die gemeinsame Heimat, nämlich auf Sinai, hingewiesen und auf die gemeinsamen Propheten. Mit großer innerer Überzeugung fragte er: Und es soll nicht möglich sein, daß zwischen diesen Dreien Frieden ist?

Ich füge Albert Einsteins rhetorische Frage hinzu: Wer will bezweifeln, daß Moses ein besserer Führer der Menschheit war als Machiavelli!

Ich weiß, daß Begin und Sadat gleichermaßen in den religiösen Traditionen ihrer Völker verwurzelt sind. Ich bin überzeugt, daß diese beiden Männer den Frieden ihrer eigenen Völker und ihrer Nachbarvölker wollen. Ich weiß, daß dies für viele Staatsmänner jener Weltregion gilt.

Wir Deutschen wünschen von Herzen, daß Juden, Muslims und Christen, daß Israelis und Araber in einem gerechten Frieden miteinander zu leben lernen.

Dem Gebot der Wahrhaftigkeit folgend bejahen wir das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker im Nahen Osten. Wir wissen: ein Leben frei von Not und von Bedrückung ist notwendig, damit die Menschen Frieden halten können.

Als deutscher Bundeskanzler, der heute zugleich zu allen Juden in der Welt spricht und für den die Kölner Synagoge die Stelle aller Synagogen in der Welt vertritt, füge ich einen Wunsch hinzu: Mögen alle Menschen im Nahen Osten, die bisher noch abseits stehen, sich dem friedensstiftenden Geschehen dieser Tage zuwenden! Mögen alle Völker und Staaten ihren Beitrag zum Frieden leisten.

Mögen sie alle erkennen, daß der Frieden ein Sieg des „homo humanus“ über den „homo anti-humanus“ ist, um noch einmal Martin Buber zu zitieren. Mögen sie alle wissen und beherzigen, daß der Frieden nicht möglich ist ohne den allseitigen Willen zu Ausgleich und Kompromiß! Mögen sie alle erkennen, daß in der Tat Moses ein besserer Leitstern ist als Machiavelli!

VIII.

Ich kehre zu uns Deutschen zurück und stelle fest: Uns steht es nicht an, die Juden der Welt zur Versöhnung aufzurufen. Wohl aber dürfen wir um Versöhnung bitten.

Wer sich versöhnen will, wer sich die Hand reichen, wer friedlich mit seinem Nächsten leben will, der muß den Kopf heben und den anderen anblicken. Lassen Sie uns deshalb Begegnungen zwischen Juden und Katholiken und Protestanten, zwischen Gläubigen und Freidenkern fördern, auch zwischen Israelis und Deutschen, wo immer dies möglich ist. Die ungewöhnlich große Zahl von Begegnungen junger Deutscher und junger Israelis erfüllt mich mit Freude. Die christlich-jüdische Zusammenarbeit erfüllt mich mit Zuversicht.

Wenn der Bundeskanzler seine jüdischen Mitbürger in diesem Staate und in dieser Stadt aus Anlaß des besonderen Tages anblickt, wenn er ihnen dankt und sie weiterhin um Mitarbeit in Staat und Gesellschaft bittet: dann tut er dies für die ganz große Mehrheit der heute lebenden Deutschen.

Und wenn in dieser Synagoge auch zwei Kölner Schulklassen sich an der Gedenkfeier beteiligen, so tun sie dies an Stelle der ganz großen Mehrheit der Jugend unseres Volkes.

IX.

Ich weiß, daß die große Mehrheit der Menschen in unserem Staat die gleichen Lehren gezogen hat, die ich heute zu formulieren versucht habe.

Aus der gleichen Grundeinsicht sind vor dreißig Jahren unser Grundgesetz und unser Staat entstanden. Wir haben damit einen neuen, einen guten Anfang gemacht. Wir sind stolz auf diesen Staat, stolz auf unsere offene Gesellschaft und stolz auf deren Traditionen. Wir verteidigen diesen Staat und diese Gesellschaftsform mit Entschlossenheit. Es ist der gerechteste Staat, den es bisher in der deutschen Geschichte gegeben hat. Es ist die freieste Gesellschaft unserer Geschichte.

Wir werden ihren Feinden wehren.

Wir werden die gute Tradition dieses Staates fortführen.

Wir wissen von einem großen Sozialisten, unserem französischen Nachbarn Jean Jaurés, seit langer Zeit: Tradition bewahren heißt nicht: Asche aufheben. Sondern Tradition bewahren heißt: eine Fackel am Brennen erhalten. Die Fackel: das bedeutet die Liebe zum Menschen, das bedeutet die Achtung vor der Würde jeglicher Person. Die Fackel bedeutet den obersten Wert unseres Grundgesetzes: die Würde der Person und ihre Freiheit.

Gedenken des Deutschen Bundestages

Der Präsident des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Karl Carstens, eröffnete die 114. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. November 1978 mit der nachstehenden Erklärung:

Ich möchte, meine verehrten Damen und Herren, heute, am 9. November, des Tages gedenken, an dem vor 60 Jahren durch einen revolutionären Akt die republikanische Staatsform in Deutschland eingeführt und die Grundlagen für die Weimarer Republik gelegt wurden. Zwei Tage später, am 11. November, endete der Erste Weltkrieg.

Schon Monate vorher war deutlich geworden, daß die deutsche Sache militärisch verloren war. Nicht der „Dolchstoß“ revolutionärer Kräfte hat — wie später behauptet wurde — die Niederlage bewirkt, sondern das erschöpfte deutsche Heer wich vor der gewaltigen Überlegenheit der Alliierten, auf deren Seite zuletzt fast 2 Millionen amerikanische Soldaten kämpften, unaufhaltsam zurück.

Auch die Heimat, deren Kräfte vier Jahre lang überfordert worden waren und in der schwere Not herrschte, war erschöpft. An vielen Stellen kam es zu Unruhen. Am 29. Oktober weigerten sich die Matrosen der in Wilhelmshaven und in Kiel liegenden Hochseeflotte, zu einem letzten Seegefecht auszulaufen. Seit dem 3. November breitete sich eine nicht zentral gelenkte Revolution in mehreren deutschen Städten aus.

Die Entscheidung fällt am 9. November in Berlin: Um 12 Uhr mittags verkündet der letzte vom Kaiser ernannte Reichskanzler, Prinz Max von Baden, daß Wilhelm II. als Deutscher Kaiser und König von Preußen abgedankt habe, obwohl dies zu diesem Zeitpunkt noch nicht der Fall war. Gegen 13 Uhr legt Max von Baden das Amt des Reichskanzlers in die Hände des

Reichstagsabgeordneten Friedrich Ebert, des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei und der mehrheitssozialistischen Reichstagsfraktion.

Um 14 Uhr ruft der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Philipp Scheidemann in einer Rede an eine vieltausendköpfige Menge von einem Fenster des Reichstagsgebäudes die deutsche Republik aus, weil er, wie er später berichtet hat, glaubte, der Ausrufung einer deutschen Sowjetrepublik durch Karl Liebknecht zuvorkommen zu müssen.

In den Abendstunden des 10. November trifft Ebert telefonisch über einen geheimen Draht zur Obersten Heeresleitung mit General Groener eine Vereinbarung; darin entscheidet sich die Oberste Heeresleitung für das Zusammengehen mit der neuen Regierung.

Am 10. November übernimmt ein aus Mehrheitssozialisten und links von ihnen stehenden sogenannten Unabhängigen Sozialdemokraten bestehender Rat der Volksbeauftragten die Regierungsgewalt. Am 11. November um 5 Uhr morgens wird in Compiègne das Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet.

Am 30. November erläßt der Rat der Volksbeauftragten die Verordnung zur Wahl der verfassungsgebenden Nationalversammlung, die im Februar 1919 in Weimar zusammentritt und Ebert zum ersten Reichspräsidenten wählt. Damit endet die revolutionäre Phase der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Das Hauptverdienst bei der Bewältigung der kritischen Lage im November 1918 kommt, rückblickend betrachtet, Friedrich Ebert zu. Er verfolgte eine maßvolle Linie. Ihm gelang es wenigstens für einige Wochen während der besonders gefährlichen Periode, die linksradikale USPD anzubinden; anschließend bezog er ebenso klar gegen die die Demokratie gefährdenden Aktionen der äußersten Linken Stellung.

Er arbeitete mit Kräften des bürgerlichen Lagers, vor allem dem Zentrum und der Fortschrittlichen Volkspartei, zusammen. Durch das Bündnis mit der Obersten Heeresleitung verhinderte er ein Aufeinanderprallen größten Ausmaßes zwischen den alten und den neuen Kräften.

Aber einen unblutigen Übergang zu der neuen Staatsordnung erreichte auch er nicht. Die Zeit nach dem 9. November 1918 ist von Kämpfen zwischen den der Reichsleitung unterstehenden Truppen und revolutionären Gruppen in Berlin und anderen deutschen Großstädten erfüllt. Mehrere tausend Menschen fanden dabei den Tod. Auch blieb die republikanisch-parlamentarische Staatsform in der Bevölkerung, zumal in Teilen der Beamenschaft, umstritten. Sie hat sich erst nach den furchtbaren Erfahrungen mit der Diktatur nach dem Zweiten Weltkrieg durchgesetzt. Heute bejaht die überwältigende Mehrheit unserer Bürger den freien, demokratischen und sozialen Rechtsstaat unseres Grundgesetzes.

Unser Staat schuldet den Männern aus der Anfangszeit der Weimarer Republik Respekt, Anerkennung und ein ehrendes Angedenken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Gerade Ebert wurde in der schlimmsten Weise von rechten und linken Gegnern verunglimpft. Als Reichspräsident führte er über 170 Prozesse zur Wiederherstellung seiner Ehre.

Wir sollten aus den Ereignissen jener Zeit noch eine weitere Lehre ziehen: Wir sollten behutsamer miteinander umgehen und auf eine Verunglimpfung von Männern, die sich um unseren Staat verdient gemacht haben, verzichten.

Wir gedenken am heutigen Tage noch eines weiteren Ereignisses aus unserer jüngeren Geschichte: Vor 40 Jahren, am 9. November 1938, setzte die erste systematische und umfassende **J u d e n v e r f o l g u n g** in Deutschland ein. Ein junger deutsch-polnischer Jude hatte einen Gesandtschaftsrat an der deutschen Botschaft in Paris erschossen. Diese Tat eines einzelnen führte zu einer brutalen Reaktion der nationalsozialistischen Machthaber. In der Nacht vom 9. zum 10. November wurden Einheiten der SA mobilisiert. Eine schreckliche Zerstörung von jüdischem Eigentum setzte ein, der niemand Einhalt gebot. Über 200 Synagogen gingen in Flammen auf. Jüdische Geschäfte, Altersheime, Wohnungen und Friedhöfe wurden verwüstet. Tausende jüdischer Bürger wurden verhaftet, die meisten in Konzentrationslager verschleppt. Hunderte fanden den Tod: ermordet im Verlauf des Pogroms, im Lager umgekommen oder in den Selbstmord getrieben.

Gemessen an dem, was die jüdischen Mitbürger in Deutschland und die Juden in Europa in den folgenden Jahren erlitten, war der 9. November 1938 nur ein Anfang. Aber es ist ein Tag tiefster Schmach in unserer Geschichte. Er mahnt uns, des unendlichen Leidens zu gedenken, welches die nationalsozialistische Herrschaft Millionen von Juden in der Folgezeit zugefügt hat. Er mahnt uns, diese Ereignisse nicht aus unserer Erinnerung zu löschen und sie auch der jüngeren, heranwachsenden Generation mitzuteilen. Unsere jüdischen Mitbürger sollen sich darauf verlassen können, daß wir jeder Art von Wiederaufleben des Antisemitismus in Deutschland auf das entschiedenste und mit aller Konsequenz entgegentreten werden.

Das deutsche Volk gedenkt heute auf zahlreichen Veranstaltungen in vielen Städten und Gemeinden der schrecklichen Ereignisse des 9. November 1938. Gleich im Anschluß wird eine Gedenkstunde in der wiederaufgebauten Synagoge in Köln stattfinden, bei der ich den Deutschen Bundestag vertreten werde.

Schließlich – das sei meine letzte Bemerkung – möchte ich Sie, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, daran erinnern, daß am heutigen Tage ein großer Europäer seinen 90. Geburtstag begeht: Jean Monnet.

Er hat den Ersten Weltkrieg, den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg bewußt erlebt und hat daraus eine, wie ich meine, uns alle verpflichtende, in die Zukunft gerichtete Folgerung gezogen, nämlich ein geeintes Europa zu schaffen, das ein Hort des Friedens, der Freiheit und der Menschenrechte sein soll. Dies ist unser aller gemeinsames Ziel. Es ist die für uns alle verbindliche Lehre aus den letzten hundert Jahren unserer Geschichte.

Ich bin sicher, daß ich mich zum Interpretieren des Hauses mache, wenn ich Jean Monnet zum heutigen Geburtstag die herzlichsten Glück- und Segenswünsche übermittle.